

Lehrlingen drohen weite Schulwege

Sachsens Kultusministerium plant überregionale Berufsschulklassen. Bei den Betroffenen regt sich Widerstand.

VON ANDY SCHARF

CHEMNITZ – Sachsens Kultusministerium will wegen des Schülerchwunds an Berufsschulen vermehrt Fachklassen an weniger Orten zentralisieren. „Es muss vor allem in Berufen mit wenig Lehrlingen mehr überregionale Klassen geben“, bestätigt Ministeriumssprecherin Annett Pabst. Insidern zufolge erhöht die anrollende Pensionierungswelle bei Lehrkräften den Fusionsdruck im Berufsschulbereich zusätzlich. Die Wirtschaft sieht die geplanten Fusionen skeptisch. „Zu-

sammenlegungen von Klassen forcieren den derzeitigen Azubi-Engpass zusätzlich“, kritisiert Gabriele Hecker, Geschäftsführerin Bildung bei der IHK Chemnitz. „Verschlechtern sich die Bedingungen weiter, könnten Firmen die Ausbildung auch ganz einstellen“, befürchtet sie.

Für einige Bildungseinrichtungen ist die Lage existenzbedrohend. Im Landkreis Mittelsachsen etwa sollen die Kfz-Mechatroniker aus Döbeln ab dem zweiten Lehrjahr auf die Berufsschulen nach Freiberg oder sogar Zschopau reisen. Ein Protestschreiben von Azubis, Unternehmen und Landratsamt zeigt im Dresdner Ministerium indes Wirkung. „Die Fachklasse bleibt zumindest im neuen Schuljahr auch im zweiten Lehrjahr in Döbeln. Wie es in Zukunft weitergeht ist von den Schülerzahlen abhängig“, sagt Heike Scherf, Referentin der Bildungsagentur Chemnitz. Die Kritik an den

neuen Zentralisierungsplänen wächst. Sowohl Jugendliche als auch Firmen und Interessenvertreter der Wirtschaft laufen Sturm. „Die Mindestanzahl für Klassenbildungen muss aufgrund der demografischen Entwicklung sinken“, fordert Gabriele Hecker. Und auch die Sprecherin der Chemnitzer Handwerkskammer, Jana Gaudich, gibt zu bedenken: „Längere Schulwege bedeuten höhere Kosten und einen größeren Zeitaufwand für die Lehrlinge.“ Das Ministerium reagiert auf die Kritik gelassen. Es gebe bereits viele Ausnahmen, in denen Azubis unter der Mindestschülerzahl beschult werden.

Doch Pädagogen stößt es beim Gedanken an längere Wege sauer auf. „Für die Kollegen ist diese Entwicklung niederschmetternd“, sagt Frank Wehrmeister, Leiter des Berufsschulzentrums (BSZ) in Freiberg. „Wenn man die BSZ erhalten

will, muss auch der kleinere Kuchen gerecht verteilt werden“, fordert er. Standortschließungen sind nicht ohne weiteres machbar. Schließlich flossen in den vergangenen Jahren üppige Fördergelder in Neubauprojekte – diese müssten im Falle einer Schulschließung teilweise zurückgezahlt werden. Paradebeispiel BSZ Rochlitz: Ende der 1990er-Jahre eröffnete der 18-Millionen-Euro-Bau mit 650 Schülern, heute lernen dort etwa 230. Hält der Kreis die Einrichtung nicht bis 2025 am Leben, droht eine satte Fördergeldrückzahlung an die EU. Daher „soll eine Schließung von Berufsschulstandorten weitestgehend vermieden werden“, beschwichtigt die Kultusbehörde.

Dass Protestnoten in Dresden durchaus ankommen können, weiß IHK-Geschäftsführerin Hecker. So sei es gelungen, die Textilausbildung von Münchberg bei Hof (Bayern) nach Plauen zurückzuholen.